

Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2009 – Bereiche Forschung und Innovation (Stand 6.7.2009)

Frage	LINKE	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU
Innovationsförderung allgemein	<ul style="list-style-type: none"> -industrieführte Forschungsförderung beenden -öffentliche Institutionen zur Auftraggebern für Forschungsleistung machen -Entscheidung über öffentliche Forschungsförderung transparenter und demokratischer gestalten 	<ul style="list-style-type: none"> -Strategische Industriepolitik durch Förderung von Forschung, den Infrastrukturausbau, Anreize für private Nachfrage, Regulierungen und den gezielten Einsatz der öffentlichen Nachfragemacht 	<ul style="list-style-type: none"> - Potenziale einer wirtschaftlichen Entwicklung, die die Digitalisierung unseres Lebens birgt, unterstützen. -Open Business-Modelle, wie die Freie Software Branche, bieten zukunftsichere Arbeitsplätze und schaffen nachhaltige Innovationen. -an Hochschulen und in öffentlichen Institutionen solche Modelle durch die Ausbildung von qualifiziertem Personal und der intensiven Nutzung der Angebote unterstützen 		<ul style="list-style-type: none"> -erfolgreiche Hochtechnologie-Strategie fortführen -stärkere Vernetzung von Grundlagenforschung und Anwendung fördern und dabei insbesondere klassische Innovationsstärken Deutschlands ausbauen
steuerliche Förderung von FuE in Unternehmen	<ul style="list-style-type: none"> -wird als teure Subvention ohne Steuerungswirkung abgelehnt 	<ul style="list-style-type: none"> -Tax Credit für KMU bei beibehaltener Projektförderung 	<ul style="list-style-type: none"> -die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung durch kleine und mittlere Unternehmen und Start-Ups unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll 	<ul style="list-style-type: none"> -steuerliche FuE-Förderung besonders für KMU -zugleich forschungsfeindliche Regelungen der Unternehmenssteuerreform 2008 (Mantelkauf, Funktionsverlagerung und Verlustvortrag) abschaffen 	<ul style="list-style-type: none"> - Bemühungen der Wirtschaft um neue Produkte und Technologien durch eine steuerliche Förderung von klar abgrenzbaren Ausgaben für Forschung und Entwicklung flankieren. - Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung hilft kleinen und mittelgroßen Unternehmen besonders und muss in Kombination mit der bestehenden themenspezifischen Projektförderung erfolgen

Frage	LINKE	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU
Steigerung der Forschungsausgaben/3%-Ziel		<p>-3%-Ziel für FuE bzw. 10 %-Ziel für Bildung und Forschung bis 2015 erreichen</p> <p>-Zuschlag als „Bildungssoli“ bei der Besteuerung höchster Einkommen vor</p>	<p>-FuE-Ausgaben müssen endlich die seit Jahren zugesagten drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts erreichen.</p> <p>-Die im Rahmen der Schuldenbremse erlaubte Neuverschuldung deckeln und an die Nettoinvestitionen, etwa bei Bildung und Forschung koppeln</p>	<p>-3%-Ziel so schnell wie möglich erreichen</p>	<p>-Hochschulpakt, die Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung und Innovation sollen bis 2019 fortgesetzt werden</p> <p>- Staat und Wirtschaft gemeinsam mindestens drei Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung investieren</p> <p>-bis 2015 gesamtstaatlich zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und Forschung investieren</p>
Gründungstätigkeit/KMU	<p>-erfolgreiche Förderung für KMU im Osten ausweiten und Netzwerke mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Osten fördern</p>	<p>-Modell des High-Tech-Gründerfonds auf Energie, Verkehr und Dienstleistungen ausweiten, Staat als Ko-Investor</p> <p>-verbesserter Zugang zu Risikokapital</p> <p>-One-stop-Shop und bessere Beratung für Ältere und Frauen</p>	<p>- Wagniskapital stärker als bisher unterstützen</p>	<p>-Private-Equity-Gesetz und Vereinfachung des Stiftungsrechts</p> <p>-eine Verbesserung der Einbeziehung des informellen Kapitalbeteiligungsmarktes der Business Angels, um die Finanzierungslücken in der Frühphase von innovativen Unternehmen zu schließen</p>	<p>- Rahmenbedingungen für Investitionen in Chancenkapital verbessern, angefangen von der steuerlichen Förderung der Nutzbarmachung des Kapitals und der Erfahrung ehemaliger Führungskräfte bis hin zur speziellen Unterstützung für junge Unternehmen und deren Kapitalgeber</p> <p>- Forschungsförderung für den Mittelstand zur Intensivierung des Technologietransfers weiter steigern</p> <p>- Netzwerkbildung von Mittelstand und Handwerk, Forschungseinrichtungen und verbundenen Institutionen vorantreiben</p>

Frage	LINKE	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU
Ostdeutschland	<p>-Sonderprogramm für universitäre Grundlagenforschung im Osten in Höhe von 20 Prozent der Mittel der Exzellenzinitiative</p> <p>-erfolgreiche Förderung für KMU im Osten ausweiten und Netzwerke mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Osten fördern</p>	<p>-verstärkte Investitionen in nachhaltige Bereiche mit einem Vorrang für Innovationen in Bildung, Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft sowie für eine gute Infrastruktur</p> <p>-Chancen des Hochschulpaktes für die ostdeutschen Hochschulen zu nutzen und die industrienaher FuE-Tätigkeit von Unternehmen und Forschungseinrichtungen zu unterstützen</p> <p>-Pakt für Forschung und Innovation werden wir für die Ansiedlung neuer Forschungsinstitute in den neuen Ländern nutzen</p>	<p>- Mittel aus dem Solidar-pakt vorrangig für Forschung und Bildung verwenden.</p> <p>-Investitionszulage in eine Innovationszulage umwandeln</p> <p>-Themen für einen so finanzierten grünen Zukunftsfonds: Nachhaltige Energiekonzepte, die Kreativwirtschaft, die Bedürfnisse älterer Menschen, die Einwanderung oder den Tourismus. Und auch die medizinische Versorgung im ländlichen Raum, die flächendeckende Infrastruktur im Bereich der frühkindlichen Bildung, die Schulkhorte oder innovative Lösungen für die kommunale Daseinsvorsorge in einer schrumpfenden Gesellschaft</p>	<p>-Modellregionen: gewerbliche Investitionen und wirtschaftsnahe Forschung und Entwicklung im Mittelpunkt der Förderung</p>	<p>-Programme zu Forschungs- und Innovationsförderung in den Neuen Bundesländern Fortsetzen</p> <p>-exzellente Hochschulinfrastruktur muss stärker für Bewerber aus ganz Deutschland nutzen</p> <p>-Lehrstuhl zur Erforschung und wissenschaftlichen Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes an einer Berliner Universität dauerhaft etablieren</p>

Frage	LINKE	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU
FuE für Mobilität		<p>-Auto der Zukunft muss „Made in Germany“ sein</p> <p>-„Nationaler Entwicklungsplan Elektromobilität“ u.a. mit Förderung Hybridtechnologien und Batterietechnik</p> <p>-„Clean-Energy-Partnership“ zur Einführung von Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie fortsetzen</p>	<p>-bis 2020 sollen mindestens zwei Millionen Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren.</p> <p>-ein Marktanreiz- und Forschungsprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro jährlich auflegen, aus dem unter anderem ab dem 1.1.2011 ein jährlich sinkender Anschaffungszuschuss für Elektrofahrzeuge von anfangs bis zu 5.000 Euro zum Ausgleich der Mehrkosten für die Batterien finanziert wird, so wie es die USA, China, Großbritannien und Frankreich bereits beschlossen haben.</p>	<p>-Biokraftstoffe zweiter und dritter Generation fördern, zudem Brennstoffzellen und E-Antriebe</p> <p>-Wechselkennzeichen für E-Autos</p> <p>-Verkehr in Emissionshandel einbeziehen</p>	<p>-Forschung und Entwicklung in den Bereichen Batterie, Brennstoffzelle und Leichtbau müssen stärker gefördert werden.</p> <p>-Industrie, Wissenschaft und Politik müssen eine Strategie für Zukunftstechnologien des Automobils entwerfen</p> <p>-in Zukunft auch die besten Elektroautos herstellen</p> <p>-Modellregion für Elektromobilität in Deutschland, um weltweiter Vorreiter in dieser Zukunftsantriebstechnologie zu werden</p> <p>-In einer Region soll der Einsatz von Elektrofahrzeugen aller Art mit den dazugehörigen flächendeckenden Elektrotankstellen als Großprojekt testen.</p> <p>-bis zum Jahr 2020 auf deutschen Straßen mindestens eine Millionen Elektrofahrzeuge</p>

Frage	LINKE	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU
Energieforschung/technologien, Klimaschutz	-ökologisch-technische Effizienzrevolution	-SPD-Klimaschutzpolitik führt zu 500.000 zusätzlichen Jobs bis 2020 und 800.000 bis 2030 -Strategie „Weg vom Öl“ -Energieforschung ausweiten, Schwerpunkte auf Energieeffizienz, Erneuerbare und Speichertechnologien	-schrittweise vollständige Umstellung auf EE, bis 2020 40% bei Strom und 30% bei Wärme -„Masterplan Netzintegration“ für ein intelligentes Netz	-DESERTEC mit Nachdruck verfolgen, FuE intensivieren, insbesondere hinsichtlich der hocheffizienten Stromübertragung verstärken -völlig neue Formen der Energiespeicherung wie zum Beispiel Druckluftspeicher oder Fahr57 zeuge mit Elektroantrieb. Die Forschung für die Speicherung fluktuierender erneuerbarer Energien muss mit Nachdruck intensiviert werden	Anstrengungen in Forschung und Entwicklung noch einmal steigern -breit angelegte, technologieoffene Energieforschung, saubere Gas- und Kohlekraftwerke, aber auch die Forschung im Bereich der Erneuerbaren, der Kerntechnik und der Geothermie
CCS	-wird als Scheinlösung abgelehnt	-CCS im europäischen Rahmen weiter entwickeln -Wiederverwendung des CO2 vor Endlagerung	-CCS ist ungedeckter Scheck -Gesetz der Koalition wird abgelehnt - keine CO2-Endlagerexperimente zu Lasten nachfolgender Generationen und zukünftiger Nutzungen	-CCS durch Pilotprojekte und zügige Schaffung eines Rechtsrahmens fördern -Nutzung von CO2 als Alternative zur Einlagerung erforschen -Pipelinebau durch Anwendung des Planbeschleunigungsgesetzes fördern	
Kernkraft/-forschung	-unverzögerlicher und unumkehrbarer Ausstieg aus der Atomwirtschaft	-ASSE II: Rückholung des Mülls möglich -Energiewirtschaft an Kosten für Endlagersanierung beteiligen	-Atomausstieg fortsetzen -Endlagersuchgesetz -betriebliche Rückstellungen der Wirtschaft in öffentlich-rechtlichen Fonds für die Finanzierung der Endlagersuche überführen	-Kernenergie als Übergangstechnologie -Kraftwerksbetreiber sollen als Gegenleistung für längere AKW-Laufzeiten Gelder an eine zu gründende „Deutsche Stiftung Energieforschung“ abführen, die Erneuerbare Energien fördert	-der größte Teil des zusätzlich generierten Gewinns aus der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke soll nach einer verbindlichen Vereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen zur Forschung im Bereich der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien sowie zur Senkung der Strompreise nutzen -die Förderung deutscher Sicherheitskompetenz als Beitrag zur Sicherheit kerntechnischer Anlagen weltweit von hoher Bedeutung

Frage	LINKE	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU
Agrarforschung/Grüne Gentechnik	-Agro-Gentechnik ver- boten		-Verbot von Gentech- Pflanzen, die Menschen, Umwelt und die gentech- nikfreie Produktion ge- fährden -weltweite Ächtung der »Terminator-Technologie« ein, die die Keimfähigkeit von Samen abtötet -unabhängige Bewertung der Agro-Gentechnik, dazu müssen auch die sozio-ökonomischen Risiken besser erforscht und einbezogen werden	-Stärkung der Agrarforschung, grüne Revolution auf dem Acker -Züchtung transgener Pflanzen weiter entwickeln -„High-Tech-Landwirtschaft“	-Stärkung der Agrarforschung -Innovations- und Qualifizierungs- offensive über die gesamte Wert- schöpfungskette -Umstellung auf den Ökolandbau fördern und die Forschung intensivieren
Gesundheitsforschung	-globale Verantwortung für die Bekämpfung vernach- lässigter Krankheiten übernehmen: neue Wirk- und Impfstoffe gegen armutsbedingte Krankheiten wie Tuberku- lose oder Malaria und andere Tropenkrankheiten entwickeln; in einem ersten Schritt zehn Prozent der in der „Phar- mainitiative“ eingeplanten Mittel dafür einsetzen	-geschlechterspezifische Forschung und Versor- gung	-geschlechtergerechte Gesundheits- und Phar- maforschung	-Stärkung der Gerontologie und Geriatric	-durch gezielte Schwerpunktförde- rung die Forschungsanstrengungen für Krankheiten wie Herz-Kreislauf- Erkrankungen, Diabetes, Krebs oder Demenz verstärken und die Arbeiten der verschiedenen Forschungseinrichtungen durch die Schaffung eines Forschungs- netzwerkes koordinieren
Umwelt- /Biodiversitätsforschung		-Schutz und die nachhal- tige Nutzung der Biodi- versität stiften großen volks- und betriebswirt- schaftlichen Nutzen	-interdisziplinäre Biodi- versitätsforschung fördern und ein einheitli- ches Biodiversitätsmoni- toring schaffen	-Forschung zur Biodiversität als eigenständiges Forschungsfeld fördern/Ausbau von Datenbanken	-Umwelttechnologien durch marktwirtschaftlich orientierte Instrumente und kluge Anreize weiter unterstützen und die not- wendigen Rahmenbedingungen setzen

<i>Frage</i>	<i>LINKE</i>	<i>SPD</i>	<i>Grüne</i>	<i>FDP</i>	<i>CDU/CSU</i>
Ethik/Technikfolgeabschätzung/Begleitforschung	-steht der öffentlichen Förderung neuer Technologien aufgeschlossen gegenüber, wenn ihr Nutzen nachgewiesen und die Risiken für Menschen und Natur niedrig sind		<p>-Menschenwürde und Menschenrechte stets Vorrang vor Forschungs- und Verwertungsinteressen</p> <p>-in der Medizin, den Lebenswissenschaften und der Biotechnologie ist ein verantwortlicher Umgang mit Menschen unerlässlich</p> <p>- Inter- und transdisziplinäre Forschung trägt dazu bei, gesellschaftliche und ökologische Folgen neuer Techniken und Verfahren im Sinne des Vorsorgeprinzips von vornherein mit zu bedenken.</p> <p>-Risikoforschung und Technikfolgenabschätzung sollen zum integralen Bestandteil von Forschung werden.</p>	-Fusionsforschung, kerntechnische Sicherheitsforschung, Stammzellforschung, grüne Gentechnik, Biotechnologie, Nanotechnologie und Raumfahrt sollen nicht stigmatisiert, sondern gefördert werden	<p>-Auseinandersetzung über ethische Grenzen der Forschung muss sachlich und in der Überzeugung, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb forschungsfreundliche Rahmenbedingungen braucht, führen</p> <p>-Sicherheitsforschung in umstrittenen Forschungsbereichen, insbesondere in der grünen Gentechnik</p>

Frage	LINKE	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU
<p>Sonstige Forschungsfelder/Allgemeine Aussagen</p>	<p>-Mittel für die Schwerpunktforschung zur Umwelt- und Klimaentwicklung, Wasser- und Energieversorgung, Nord-Süd-Gerechtigkeit und zivilen Konfliktlösung aufstocken;</p> <p>-Kultur- und Sozialwissenschaften als gleichberechtigte Forschungsfelder finanziell fördern und verstärken</p> <p>zu Fragen einer gerechten, demokratischen und ethnisch wie kulturell vielfältigen Gesellschaftsentwicklung in die Verantwortung nehmen;</p>		<p>- Grundlagenforschung muss daher eine wesentliche Säule der öffentlichen Forschungsförderung bleiben.</p> <p>-Schwerpunkt öffentlicher Forschungsförderung auf der Grundfinanzierung von Forschungseinrichtungen und in der wettbewerblichen Programmförderung.</p> <p>-Friedens- und Konfliktforschung stärken und Forschung zu militärischen Zwecken so weit wie möglich reduzieren</p>	<p>-Bürokratische Hindernisse, finanzielle Engpässe, ideologische Barrieren und tarifrechtliche Verkürzungen erschweren Forschern ihre Arbeit und treiben Wissenschaftler in Länder, in denen sie besser und freier arbeiten können.</p> <p>-Deutschland braucht eine Forschungsfreiheitsinitiative. Hierzu zählt ein modernes Zuwanderungs- und Aufenthaltsrecht für ausländische Fachkräfte und Spitzenforscher und eine Lockerung der Altersgrenzen für Wissenschaftler.</p>	<p>- Innovationen im Werkstoffsektor möglichst rasch in wettbewerbsfähige Produkte und Verfahren umsetzen</p> <p>-Rahmenprogramm zur Förderung neuer Werkstoffe intensivieren</p> <p>- vorhandene nationale Stärken wie in der Verkehrs-, Automobil- und Mobilitätsforschung, in der Entwicklung und Anwendung neuer Werkstoffe und im Anlagen- und Maschinenbau ausbauen</p> <p>-Forschung und Entwicklung insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Altern, Medizintechnik, die im Zukunftsprojekt „Gesundheitsforschung“ zusammengefasst sind, sowie Ernährung, Nachhaltigkeit und Umwelt und Anpassung an den Klimawandel, die unser Zukunftsprojekt „Wachstumspotenzial Umwelttechnologien“ ausmachen, stärken</p> <p>-setzen auf starkes Selbstbewusstsein der Geistes- und Sozialwissenschaften, die zum kulturellen Gedächtnis und zur Gestaltung unserer Zukunft wichtige Beiträge leisten</p> <p>-Lehrstuhl zur Erforschung und wissenschaftlichen Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes an einer Berliner Universität dauerhaft etablieren</p>

Frage	LINKE	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU
Hochschulforschung/ Forschungsstrukturen	-Sonderprogramm für universitäre Grundlagenforschung im Osten in Höhe von 20 Prozent der Mittel der Exzellenzinitiative	-Integration von Hochschulen und Forschungseinrichtungen vereinfachen und Wissenschaftsstrukturen flexibilisieren	-Kooperationen zwischen Hochschulen und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen von Bund und Ländern wollen wir stärken und ausbauen und die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Forschungseinrichtungen in die Lehre an den Hochschulen stärker einbeziehen.	-Stiftungsrecht, Erbrecht und Steuerrecht so verändern, dass es für Privatpersonen und Unternehmen attraktiver wird als bisher, Hochschulen finanziell zu unterstützen -Stiftungsprofessuren unterstützen -staatliche Hochschulen in private Rechtsformen überführen -Privathochschulen im Hochschulpaket gleichstellen -Abschaffung HRG -Leistungsorientierte Mittelvergabe, Globalbudgets, Personalhoheit -Vermögensfähigkeit der Hochschulen -Einstieg in die Vollkostenfinanzierung fortsetzen, Overheadfinanzierung im Rahmen des HS-Paktes von 20 auf 40% steigern -Forschungsprämie wird begrüßt, Zugang soll erleichtert werden	Bündelung der Forschungspotenziale unter einem Dach. Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT), das Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen und das Nationale Diabeteszentrum sind wichtige erste Schritte, denen weitere folgen müssen -HRG abschaffen
Exzellenzinitiative	-Hochschulpaket II statt Exzellenzinitiative	-E. als „sozialdemokratisches Erfolgsprojekt“ fortsetzen		-Exzellenzinitiative fortsetzen -stärker Lehre berücksichtigen -keine Anwendung regionaler Kriterien bei der Exzellenzförderung	-Hochschulpaket, die Exzellenzinitiative und der Pakt für Forschung und Innovation sollen bis 2019 fortgesetzt werden

Frage	LINKE	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU
Wissenschaftlicher Nachwuchs/Mittelbau	<p>-Mitbestimmung und demokratische Selbstverwaltung in Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärken</p> <p>-die zunehmende Unsicherheit unterhalb der Professur muss überwunden werden</p>	<p>-Juniorprofessur fördern</p> <p>-Förderprogramm für Mittelbau</p> <p>-Rückhol- und Anwerbeprogramme für Nachwuchs</p>	<p>- Wissenschaft als Beruf muss attraktiver werden.</p> <p>-für eine gute Mischung aus befristeten und unbefristeten Stellen im wissenschaftlichen »Mittelbau«</p> <p>-die Juniorprofessur muss ausgeweitet werden</p> <p>-neben der Professur muss wissenschaftliche Karriere möglich sein.</p> <p>-internationale Mobilität in alle Richtungen statt Abwanderung</p>	<p>-Eliteförderung an den Hochschulen wesentlich für die Zukunftschancen unseres Landes</p> <p>-hohe, wettbewerbsfähige Standards in der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und zur Abdeckung des Fachkräftemangels in allen Bereichen</p>	<p>-Hochschulpakt konsequent umsetzen und den wissenschaftlichen Nachwuchs gezielt fördern</p>
Besoldung/Tarifrecht	<p>-wissenschaftsspezifische Regelungen in den Tarifverträgen des Öffentlichen Dienstes zur Absicherung des Mittelbaus nutzen</p>	<p>-Einwanderungsrecht und Verdienstmöglichkeiten so gestalten, dass die besten Köpfe zu uns kommen und bei uns ihre Arbeit leisten</p>		<p>-Abschaffung Beamtenstatus für ProfessorInnen und Vergaberahmen</p> <p>-Wissenschaftstarifvertrag ohne Bezug zum öffentlichen Tarifrecht</p> <p>-Abschaffung der Altersgrenzen</p>	

Frage	LINKE	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU
Gleichstellung/Gender in der Forschung	<p>-mehr Dauerstellen neben der Professur</p> <p>-Geschlechterperspektive in alle öffentlich geförderten Forschungsprojekte integrieren</p> <p>-diskriminierende Auswahlverfahren sowie unsichere und ausgrenzende Karrierewege überwinden</p>	<p>-mehr Frauen Leitungsfunktionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Deshalb konkrete Zielvereinbarungen mit finanziellen Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung abschließen</p> <p>- Frauenanteil des wissenschaftlichen Personals bis 2020 auf 40 Prozent erhöhen u.a. durch ein Professorinnen-Programm sowie ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Krippen an den Hochschulen.</p> <p>-geschlechterspezifische Forschung und Versorgung im Gesundheitswesen</p>	<p>-geschlechtergerechte Gesundheits- und Pharmaforschung</p> <p>-Forschungs- und Institutionsförderung müssen an verbindliche Gleichstellungsziele knüpfen</p> <p>-Gender-Perspektiven selbstverständlicher Bestandteil von Forschungsfragen werden.</p> <p>-geringer Professorinnenanteil ist Auftrag für konsequente Frauenförderung – auch und gerade an der Spitze der Hochschulen</p> <p>-Um Ausprägungen der Gewalt, die gegen Männer verübt wird, klar definieren zu können, bedarf es einer soliden Erforschung dieses Themenbereichs</p>	<p>- Wissenschaftlerinnen und Forscherinnen in ihrer beruflichen Entwicklung spezifisch unterstützen und die Barrieren, die sie bei einer weiteren Karriereplanung behindern, durch konkrete Angebote abbauen</p>	<p>-gezielt dem unterdurchschnittlichen Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Berufen entgegenwirken</p>

Frage	LINKE	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU
Außeruniversitäre Forschungsinstitute	-Mitbestimmung und demokratische Selbstverwaltung ausbauen	-Pakt für Innovation und Forschung fortsetzen	- Grundlagenforschung muss daher eine wesentliche Säule der öffentlichen Forschungsförderung bleiben. -Schwerpunkt öffentlicher Forschungsförderung auf der Grundfinanzierung von Forschungseinrichtungen und in der wettbewerblichen Programmförderung.	-Pakt für Forschung fortsetzen und um fünf Prozent aufstocken -stärkerer Wettbewerb um Fördermittel -Autonomie in Sach-, Personal- und Finanzangelegenheiten sowie Globalbudgets -Ressortforschungseinrichtungen nach schlechter Evaluierung reformieren und ggf. schließen -Beteiligung an Unternehmen ermöglichen	-„Pakt für Forschung und Innovation“ verwirklichen -Arbeit von Deutscher Forschungsgemeinschaft, Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft und Leibniz-Gemeinschaft weiter zukunftsorientiert fördern -Wettbewerb um die besten Köpfe wird weltweit ausgetragen. -Wissenschaftsfreiheitsinitiative muss weiter vorangetrieben werden
Tierversuche	-für generelles Verbot von Tierversuchen -alternative Methoden energischer erforschen	-Reduzierung	-Schutz von Umwelt und Tieren macht Grenzziehungen für die Forschung nötig. -Alternativen zu Tierversuchen müssen konsequent anwenden, die Erforschung von Ersatzmethoden verstärken -tierversuchsfreie Ersatzmethoden besser erforscht und schneller in der Praxis einsetzen -Als Einstieg in den Ausstieg eine jährliche Reduktion der Tierversuche in Deutschland um zehn Prozent gefordert		

Frage	LINKE	SPD	Grüne	FDP	CDU/CSU
Forschung in Europa		<p>-verstärkte europäische Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung</p> <p>-europäische Forschungsoffensive für Umweltechnologien und Erneuerbare Energien</p>		-Agrar- und Strukturfonds zugunsten von Forschung, Bildung, Umwelt etc. umverteilen	
Patente/“Geistiges Eigentum“/Publikation	<p>-Patentrecht für KMU reformieren, damit Erfindungen leichter und schneller verwertet werden können</p> <p>-das mit öffentlichen Geldern erarbeitete Wissen muss dann auch allen zur Verfügung stehen und darf nicht privatisiert werden</p>		<p>- Forschungsergebnisse, die mit öffentlichen Geldern erzielt wurden, sollen der Öffentlichkeit auch frei zugänglich sein.</p> <p>-Unterstützung für Open Access im Wissenschaftsbereich.</p> <p>-Anwendung von Open Source, Freier Software, Freien Funknetzwerken, Offenen Formaten und innovativen Lizenzen</p> <p>-für eine Korrektur der EU-Biopatentrichtlinie und für eine Novellierung des Deutschen Patentgesetzes. Damit Patente auf Pflanzen, Tiere und biologische Züchtungsverfahren nicht weiter erteilt werden können.</p>	<p>- internationaler Patentschutz garantiert, dass die mit einem Patent einhergehende Offenlegung der Innovation kein unzumutbares Wagnis ist., Kopieren von Patenten als Straftat ahnden</p> <p>-Kosten für Patentierung senken</p> <p>-Patent-Scouts und Innovationsberatungsgutscheine</p>	
Sonstiges					-Kompetenzbündelung der Forschungsförderung in einem starken Forschungs- und Wissenschaftsministerium